

Im roten Bereich: Gefangen in World Wide Debt

Neue Zahlen zeigen: Die weltweite Staatsverschuldung erreicht neue Rekordwerte – und könnte leicht außer Kontrolle geraten. Gegensteuern wird schwierig.

Im Oktober 2024 hat der Internationale Währungsfonds ([IWF](#)) die Finanzwelt mit einer Zahl schockiert: Ende dieses Jahres werden sich die **WELTWEITEN STAATSSCHULDEN AUF 100 BILLIONEN DOLLAR** summieren. Das sind rund **95 PROZENT DER GLOBALEN WIRTSCHAFTSLEISTUNG**. Im Jahr 2000 lag der Vergleichswert noch bei 60 Prozent.

Es geht weiter in die falsche Richtung, und zwar rapide: In einem ungünstigen Szenario, das die IWF-Volkswirte durchgerechnet haben, stiege die globale SCHULDENQUOTE BINNEN DER KOMMENDEN DREI JAHRE, SPRUNGHAFTE UM 20 PROZENTPUNKTE.

Getrieben wird der Abstieg in die roten Zahlen übrigens überwiegend von den USA und China. Was die Sache nicht besser macht: Die Folgen werden überall spürbar sein.

Ein Panorama zum Fürchten

Die globale Wirtschaft droht sich zu verfangen in World Wide Debt. Die Schulden tragfähigkeit wird eines der bestimmenden wirtschaftspolitischen Motive der kommenden Jahre sein.

Das heißt: Bei weiter steigenden Schulden, schwachem Wachstum und höheren Zinsen dürften Investoren zunehmend daran zweifeln, ob Staaten ihre Verbindlichkeiten weiterhin bedienen können. Verlieren sie das Vertrauen, kann es zu heftigen Verwerfungen kommen, bis hin zu üblen Schuldenkrisen. Bei der Herbsttagung von IWF und Weltbank in Washington am 2. Dezember 2024 wird das Thema oben auf der Tagesordnung stehen.

Vorab hat der IWF bereits eine Reihe von Analysen veröffentlicht, zur Einstimmung gewissermaßen. Zusammengenommen ergibt sich ein Panorama zum Gruseln: DIE STAATSSCHULDEN SIND AUF REKORDNIVEAU und steigen weiter, die politische Unsicherheit ist hoch und gefährdet die Finanzstabilität, die Politik reagiert zu langsam, während sich Gesellschaften schwertun mit Strukturreformen, mit denen sich die Situation vielleicht in den Griff bekommen ließe.

Man kann es auch so sehen: In den zurückliegenden Jahrzehnten, als die Zinsen zunächst immer weiter sanken und dann lange Zeit auf extrem niedrigen Niveaus verharrten, schien es so, als lasse sich die Grenze dessen, was sich Staaten leisten können, immer weiter nach oben verschieben. Geld war billig und reichlich vorhanden. Scheinbar konnte man sich immer höhere Schulden leisten.

Im Füllhorn-Modus

Unfälle wie die Finanzkrise 2008/09 und die Euro-Schuldenkrise ab 2010 waren herbe Rückschläge, änderten aber nichts am Langzeittrend. Am stärksten legte die Gesamtverschuldung seither übrigens in China (inklusive Hongkong) sowie in Frankreich zu.

Doch die Vorzeichen haben sich geändert, und zwar nicht erst seit gestern. Damit sind wir beim Thema Timing. Spätestens seit Anfang 2022 ist absehbar, dass die Zeiten der niedrigen Zinsen zu Ende gehen. Das ist fast drei Jahre her. Es wäre also durchaus Zeit gewesen zu bremsen.

Aber das ist nicht geschehen. Während der Coronapandemie gaben die Staaten mit beiden Händen Geld aus. Danach ging es im gleichen Stil weiter. In vielen Ländern kommen die Regierungen nicht aus dem Füllhornmodus heraus: Subventionen und Sozialleistungen fließen weiterhin.

Im US-Wahlkampf überboten sich die beiden Kandidaten mit teuren Versprechen. Dabei beträgt das Haushaltsdefizit bereits sieben Prozent der Wirtschaftsleistung, bei gut laufender Konjunktur, während die STAATSSCHULDEN DER USA AUF ÜBER 120 PROZENT gestiegen sind. Währenddessen

versucht die chinesische Führung, mit einem massiven Konjunkturprogramm die von strukturellen Problemen geplagte Wirtschaft anzuschieben.

FRANKREICH hat inzwischen einen SCHULDENSTAND VON 110 PROZENT und fährt ein laufendes STAATSDEFIZIT VON SECHS PROZENT. In Italien liegen die Vergleichswerte bei 140 und viereinhalb Prozent. Um nur einige Beispiele zu nennen.

„Die große Schuldenmauer“

Jetzt wird es eng. Alte Schulden müssen künftig zu deutlich höheren Zinssätzen refinanziert werden. In den kommenden drei Jahren müssen die westlichen Staaten 40 Prozent ihrer ausstehenden Anleihen zurückzahlen und dafür neues Geld aufnehmen, kalkuliert die OECD. Die Welt rase auf eine „große Schuldenmauer“ zu, schrieb kürzlich der Investor Michael Howell.

Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen rücken allmählich auf die Agenda, nach langen Jahren allzu optimistischer Finanzplanungen. Doch z.B. Frankreichs Sparziele bleiben moderat: Bis 2029 soll es dauern, bis das französische Haushaltsdefizit auf drei Prozent, den Grenzwert des Euro-Stabilitäts- und Wachstumspakts, gesunken ist.

Die französische Zurückhaltung kann durchaus als typisch gelten. In vielen Ländern blieben die Pläne weit hinter den finanzpolitischen Erfordernissen zurück, mahnt der IWF. Nötig sei ein Mix aus Einsparungen und Steuererhöhungen, der so kalibriert sei, dass er das Wachstum möglichst wenig belaste. Einen solchen Kurs politisch durchzusetzen, wird allerdings schwierig. Nach langen Jahren, in denen Haushaltsdefizite dank extrem niedriger Zinsen im öffentlichen Bewusstsein keine große Rolle spielten, sind die Bevölkerungen nicht drauf vorbereitet, dass der Staat sich nicht immer höher verschulden kann.

Dazu kommen weitere Herausforderungen für die Staatsfinanzen, die den Defizitausgleich nicht leichter machen, darunter die KLIMAWENDE, STEIGENDE VERTEIDIGUNGS-AUSGABEN UND DIE ALTERUNG DER GESELLSCHAFT. Absehbar kommt einiges an Stress auf die Anleihemärkte zu.

Das gilt jedenfalls für die meisten Länder. Und dann gibt es noch den ...

...Sonderfall Deutschland

Die Bundesrepublik ist die Einzige unter den großen westlichen Volkswirtschaften, die sich dem Schuldentrend entzogen hat. Die Quote ist in etwa so hoch wie vor 25 Jahren, knapp über 60 PROZENT DER WIRTSCHAFTSLEISTUNG, das laufende Defizit liegt bei zwei Prozent - und das bei leicht schrumpfender Wirtschaft.

Das Land der „Schuldenbremse“, der „schwarzen Null“ ist ein Sonderfall. Ausgeglichene Staatshaushalte sind hierzulande populär. Finanzpolitische Stabilität ist tief in der deutschen Befindlichkeit verankert.

Entsprechend haben Bundesregierungen verschiedener Farbzusammenstellung vorsichtig gehaushaltet. Das heißt nicht, dass sie gut gewirtschaftet hätten. Über Jahre üppig sprudelnde Staatseinnahmen haben die Regierungen unter Angela Merkel vor allem genutzt, um Sozialleistungen auszuweiten, anstatt mehr zu investieren. Das Wegbröckeln der Infrastruktur, der Bildungseinrichtungen und der Bundeswehr beispielsweise, ist eine Folge dieser falschen Prioritäten.

Dabei fielen in der zweiten Hälfte der 2010er-Jahre auf deutsche Staatsschulden teils negative Zinsen an. DER STAAT BEKAM ALSO VON INVESTOREN NOCH GELD DAZU, wenn er sich Geld lieh. Das wäre ein guter Zeitpunkt gewesen, die öffentliche Ausstattung im Land auf Vordermann zu bringen. Nun wird es viel teurer, wegen der gestiegenen Zinsen. Und der ökonomische Schaden ist immens: Seit fast fünf Jahren wächst die deutsche Wirtschaft nicht mehr.